

# Arbeitszeitung

Österreich.  
Arbeitszeitung  
am nachmittags.

Bezugsbedingungen:  
Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
Wöchentlich . . . . . K 1.—  
Monatlich . . . . . K 4.20  
Vierteljährig . . . . . K 12.00  
Probing und Ungarn:  
Monatlich . . . . . K 4.60  
Vierteljährig . . . . . K 13.80  
Deutschland: Vierteljährig K 20.—  
Für alle anderen dem Verlagsverein  
angehör. Länder: Vierteljährig K 25.—  
Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Reichle  
Wiengasse 97, und in den Filialen:  
I. Schulerstraße 13, Tel. 9101  
II. Bognerstraße 30, Tel. 4223  
X. Wienlandplatz 5, Tel. 58244  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 38123  
XVI. Klausgasse 84, Tel. 34148  
XVII. Radnergasse 24, Tel. 17175  
XXI. Angereustraße 14.  
Für die an fernw. Austräger oder  
Beschleifer bezahlten Beiträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Retentionen sind portofrei.

XXX. Jahrgang.

## Der einzige Weg.

Deutschlands Antwort an Wilson ist endlich bekannt geworden. Wird sie den Frieden bringen? Wilson hat erklärt, Waffenstillstand könne nur unter Bedingungen geschlossen werden, die die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Entente verbürgen. Die deutsche Regierung antwortet, sie sei damit einverstanden, daß den Abmachungen über den Waffenstillstand „das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten zugrunde zulegen ist“. Damit ist Wilsons Forderung wenigstens grundsätzlich bewilligt. Ob aber auf dieser Grundlage ein Waffenstillstand möglich ist, wird man erst dann beurteilen können, wenn man erfährt, was die Entente eigentlich fordert, um die Fortdauer ihrer militärischen Ueberlegenheit zu sichern; erst dann also, wenn man von den allgemeinen Nebensarten zur Erörterung der konkreten Bedingungen des Waffenstillstandes übergehen wird. Ob die Entente jetzt endlich geneigt sein wird, Verhandlungen über diese Bedingungen zu eröffnen, ist aber sehr fraglich.

Die Armeen der Entente dringen in Belgien und in Frankreich schnell vor. Das deutsche Heer war bisher nicht imstande, ihrem Vormarsch eine Schranke zu setzen. Die Entente ist im Gefühl des Sieges. Sie hofft, daß jeder Tag ihre militärische Lage verbessern wird; sie hält es für möglich, in wenigen Wochen einem besiegten Deutschland den Frieden zu diktieren, wie es ihr beliebt. In solcher Lage haben siegreiche Generale und machtgerige Imperialisten keine Neigung, einen Waffenstillstand zu schließen, der dem Siegeszug ihrer Heere Einhalt gebietet. Jedes Land hat seinen General Hoffmann. Der Entente-Imperialismus ist heute zu einem Rechtsfrieden so wenig bereit, wie es der deutsche Imperialismus vor einem halben Jahre war. Und selbst wenn Wilson den Rechtsfrieden will, kann er doch gegen den offenkundigen Widerstand der Imperialisten seines eigenen Landes und der Ententeländer schwer auskommen. Nur eine Sache könnte die Lage zu Gunsten des Friedens ändern: eine Volksbewegung in den Ententeländern selbst, ein Umschwung der öffentlichen Meinung in diesen Ländern. Man muß also die deutsche Note vor allem danach beurteilen, ob sie geeignet ist, die Friedensbewegung in den Ententeländern dermaßen zu stärken, daß sie den Imperialismus, der den Krieg bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands will, zum Frieden zwingt.

Nun wollen wir nicht bestreiten, daß sich die deutsche Regierung bemüht, die Friedensbestrebungen in den feindlichen Ländern zu stärken. Aber wir fürchten, daß sie das zögernd und unzulänglich tut. Die deutsche Regierung verbietet den U-Booten, Passagierdampfer zu versenken; aber warum stellt sie den U-Boot-Krieg, dessen militärische Wirksamkeit heute doch niemand mehr überschätzen kann und der nach dem Verlust der U-Boot-Basis in Flandern jetzt doch noch viel kleinere Erfolgsaussichten hat als bisher, nicht überhaupt ein? Gerade das würde auf die öffentliche Meinung in Amerika und in England den stärksten Eindruck machen! Die deutsche Regierung bemüht sich, die feindlichen Völker zu überzeugen, daß Deutschland sich schnell und gründlich demokratisiert und daß seine Regierung nicht im Namen irgend einer „willkürlichen Macht“, sondern im Namen des deutschen Volkes spricht. Aber die umständliche Darlegung der Aenderungen der Reichsverfassung kann einen starken Eindruck auf die breiten Volksmassen der feindlichen Länder nicht machen. Juristische Sakschriften haben keine volkstümliche Wirkung. Ein symbolischer Akt, der sich dem Volksbewußtsein einprägt: die Entfernung all derer, die die ganze feindliche Welt und ein sehr großer Teil der neutralen Welt für all das, was geschehen ist, verantwortlich machen, würde die Lage Deutschlands in der Welt und die Aussichten des Weltfriedens wesentlich verbessern. Deutschland wird zum Frieden nicht gelangen, solange es nicht den feindlichen Völkern recht anschaulich zeigt, daß sie einem anderen, einem neuen Deutschland gegenüberstehen. Die innere Wandlung, die sich in Deutschland bereits vollzogen hat, genügt nicht, den Haß zu entwaschen, mit dem der alte Militarismus, der alte Imperialismus, die alte Obrigkeitsherrschaft das deutsche Volk belastet haben.

Ohne vollständige innere Wandlung kommen wir nicht zum Frieden. Das gilt für Deutschland, gilt aber in noch weit höherem Maße für Oesterreich und für Ungarn. Der Präsident Wilson hat am 8. Jänner erklärt, er könne mit Oesterreich-Ungarn nicht Frieden schließen, solange es seinen Völkern nicht „die freieste Möglichkeit zu autonomer Entwicklung gewährt“. Diese Bedingung hat Oesterreich-Ungarn angenommen und Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage hat es angeboten. Wilson antwortet aber, jetzt genüge ihm nicht mehr, was er im Jänner gefordert hat. Denn indessen hat Amerika die Tschechoslowaken als kriegsführende Macht, ihren Nationalrat als unabhängige Regierung anerkannt. Daher könne ihm jetzt die Gewährung nationaler Autonomie an Tschechen und Südslaven nicht mehr genügen; jetzt müsse er die vollständige Befriedigung der Forderungen dieser Nationen zur Bedingung machen. Was nun diese Forderungen sind, ist bekannt: sowohl die Tschechen als auch die Südslaven fordern ihre vollständige Unabhängigkeit. Ist es möglich, daß die l. u. l. Regierung diese Forderung erfüllt, um zum Frieden zu gelangen?

Daß wir den Frieden, den allerbaldigsten Frieden dringendst brauchen, bezweifelt niemand mehr. Aber kann die l. u. l. Regierung Wilsons Forderung erfüllen? Die Trennung der Polen von Oesterreich ist schon durch die Annahme der vierzehn Punkte Wilsons anerkannt worden. Nun soll die Regierung auch noch die Unabhängigkeit der Tschechen und der Südslaven anerkennen, mit ihnen nicht wie mit Völkern, die zu Oesterreich gehören, sondern wie mit fremden Mächten verhandeln! Was bleibt da noch von Oesterreich übrig? Kann man glauben, daß die österreichisch-ungarische Regierung einen Frieden schließen kann und schließen wird, dessen Inhalt die Aufteilung Oesterreichs und die Zerstückelung Ungarns wäre?

Den Frieden brauchen wir dringendst, das kann niemand bezweifeln, der den Zustand kennt, in dem sich der Staat und die Volkswirtschaft befinden. Aber den Frieden, der allein noch möglich wäre, kann weder der Graf Burian noch irgend ein Nachfolger des Grafen Burian, wie immer er hieße, schließen. Was aber tun? Oesterreich-Ungarn kann diesen Frieden nicht schließen, aber das deutsche Volk in Oesterreich kann ihn schließen. Das deutsche Volk in Oesterreich hat das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und der Südslaven anerkannt. Es erkennt den slavischen Nationen das Recht zu, völlig frei über ihre staatliche Ordnung zu entscheiden. Es erkennt also das an, was Wilson fordert: die vollständige Unabhängigkeit der Tschechen und der Südslaven. Es will mit den slavischen Nationen von Volk zu Volk, von Macht zu Macht über unsere Grenzen, über unsere künftigen Beziehungen, über die Uebergabe der österreichischen Staatsverwaltung und des Staatsvermögens an die neuen Nationalstaaten verhandeln. Das deutsche Volk in Oesterreich kann also den Frieden auf der Grundlage der neuen Note Wilsons schließen. Das alte Oesterreich kann das nicht; denn es kann sich nicht selbst auflösen. Das deutsche Volk in Oesterreich kann es; denn indem es die volle Freiheit der anderen Nationen anerkennt, wird es selbst frei, über seine eigene staatliche Ordnung nach seinem Willen zu entscheiden.

Die Abgeordneten aller deutschen Wahlbezirke haben sich heute als provisorische Nationalversammlung konstituiert und sie haben einen Vollzugsausschuß eingesetzt. Die Nationalversammlung ist das Parlament des werdenden deutschösterreichischen Staates; der Vollzugsausschuß ist die Keimzelle seiner künftigen Regierung. Mit dieser Konstituierung ist der erste Schritt zur Bildung eines deutschösterreichischen Volksstaates geschehen. Aber dieser Entschluß wird nur dann Wert und Bedeutung erlangen, wenn man schnell und mutig auf dem betretenen Wege weiter geht. Es gilt jetzt, unmittelbare Beziehungen zu Wilson und zu den slavischen Nationen anzuknüpfen und ihnen sofort nicht im Namen des alten Oesterreich, sondern im Namen des neuen deutschösterreichischen Staates Waffenstillstand und Frieden anzubieten: Frieden unter den Bedingungen, die Wilson jetzt gestellt hat; Frieden auf der Grundlage der Unabhängigkeit der Nationen. Oesterreich muß seine Regierung bilden, sein eigenes Auswärtiges Amt schaffen und dieses Amt muß